

# Politik

ULRICH EXNER

Seit gut zwei Jahren geht sie zumindest in der Politik ihren eigenen Weg. Doris Schröder-Köpf (SPD) bearbeitet als Landtagsabgeordnete und niedersächsische Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe die beiden innenpolitischen Megathemen Zuwanderung und Demografie. Im Interview mit der „Welt“ berichtet sie über ihre Erfahrungen und fordert wesentliche Änderungen im Ausländer- und Asylrecht. Nur eine letzte Frage mag sie nicht beantworten – obwohl sie sich zuletzt wieder demonstrativ vertraut mit ihrem Ehemann Gerhard Schröder auf der Tribüne von Hannover 96 gezeigt hatte.

**DIE WELT: Welche Erfahrungen haben Sie als Landesbeauftragte gemacht? Wie weit ist Deutschland in Sachen Integration?**

**DORIS SCHRÖDER-KÖPF:** Deutschland hat sich in den zurückliegenden zwanzig, dreißig Jahren sehr verändert. Viele Deutsche haben einen Zuwanderungshintergrund oder sind selbst eingewandert. Sie wissen also, wie das ist, in einem fremden Land ein neues Leben zu beginnen. Außerdem reisen viele Deutsche mehr und weiter als früher, lernen schon als junge Menschen im Austausch andere Länder kennen. All diese Erfahrungen verändern die Sicht auf die Welt. Das riesige Lager für syrische Flüchtlinge in der Türkei ist uns beispielsweise heute näher, als das früher der Fall gewesen wäre. In „Sachen Integration“ hat Deutschland sich sehr positiv weiterentwickelt.

**In Hannover sollen Flüchtlinge von Polizisten misshandelt worden sein. Ist das ein Einzelfall oder haben Sie von vergleichbaren Fällen gehört?**

Derzeit sind mir keine Fälle hier im Land bekannt, in denen es zu ähnlicher Rohheit und Grausamkeit gegenüber Flüchtlingen gekommen ist wie in den beschriebenen Fällen. Falls die Vorwürfe zutreffen, müssen dringend auch die Hintergründe geklärt werden: Wussten Kolleginnen und Kollegen davon, gar Vorgesetzte? Und weshalb sind sie nicht sofort eingeschritten?

**Wie viele zusätzliche Flüchtlinge erwarten Sie in diesem Jahr in Niedersachsen?**

Das ist natürlich nicht genau vorherzusagen. Auf Niedersachsen entfallen nach dem Königsteiner Schlüssel, nach dem die Flüchtlinge in Deutschland verteilt werden, 9,36 Prozent der Zuflucht suchenden Menschen.

**Das wären dann etwa 40.000, vielleicht auch 45.000 Menschen. Im vergangenen Jahr waren es gut 20.000 und viele Kommunen haben sich da schon überfordert gefühlt. Ist eine noch größere Zahl verkraftbar?**

Wir arbeiten daran, dass wir die Menschen, die zu uns kommen, auch ordentlich empfangen können. Fakt ist, dass die Kommunen die größte Last, die größte Verantwortung tragen, und auch einen großen finanziellen Anteil übernehmen müssen. Gerade in den Ballungsräumen oder den Universitätsstädten stoßen wir an Grenzen beim Wohnraum. Und der Markt für sogenannte Wohncontainer ist mittlerweile europaweit leergefegt. Es braucht jetzt massive Investitionen in den sozialen Wohnungsbau. In ländlicheren Gegenden gibt es andere Herausforderungen.

**Warum ist das so?**

Weil es auf dem Land erst einmal ganz praktisch betrachtet schwieriger ist, die Teilnahme an Sprach- oder anderen För-

dermaßnahmen zu organisieren. Oft fehlen auch Arbeitsplätze. Wohin man schaut: Unsere Kommunen stehen gehörig unter Druck.

**Was muss man tun, um das zu ändern?**

Einiges, vieles. In unserem Ausländer- und Asylrecht passt derzeit kein Stein auf den anderen.

**Wie meinen Sie das genau?**

Unsere Gesetze stammen zum Teil aus einer Zeit, in der die Abwehr von Zuwanderung das Maß aller Dinge war. In den 90er-Jahren etwa hatten wir eine sehr hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland. Also wurde so ziemlich alles getan, um Flüchtlinge von unserem Arbeitsmarkt fernzuhalten und ihnen das Bleiben zu verleiden.

**Dieser Eindruck drängt sich in den Erstaufnahmelagern auch heute auf. Wir in Niedersachsen nennen diese Orte „Erstaufnahmeeinrichtungen“ und versuchen, mit Wegweiskursen für die Bewohnerinnen und Bewohner, einem ordentlichen Angebot an Sozialarbeit und erster Berufsberatung diesen Eindruck zu vermeiden. In einigen Regionen des Landes suchen wir schon heute händeringend nach Arbeitskräften und Auszubildenden. Es ist inzwischen die Wirtschaft, die in Sachen Zuwanderung Druck macht. Deren Positionen decken sich ganz häufig mit denen des Flüchtlingsrates. Darauf müssen wir doch reagieren.**

## „Wir zwingen die Menschen auf Schlepperboote“

Doris Schröder-Köpf hält den Umgang mit Flüchtlingen für „unmenschlich“. Niedersachsens Migrationsbeauftragte fordert ein Ministerium für Einwanderung



Flüchtlinge werden auf dem Mittelmeer aus einem Schlauchboot gerettet

**Wie?**

Wir müssen beispielsweise endlich das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen, damit die Menschen, die hierherkommen, schnell arbeiten und ihre Familien ernähren dürfen.

**Was muss noch konkret getan werden, damit die Kommunen entlastet und die Flüchtlinge schneller integriert werden können?**

Ich würde mir wünschen, dass der Bund die Verantwortung für die Gesundheitsversorgung übernimmt und endlich die Öffnung der Integrations- und Sprachkurse für Asylsuchende ermöglicht. Weil der Bund zudem Asylsuchende aus der Sozialgesetzgebung ausschließt, stehen ihnen die Arbeitsmarktförderungsinstrumente nicht zur Verfügung. Die Länder können diese Desintegrationspolitik des Bundes nicht in Gänze finanziell kom-



Doris Schröder-Köpf will das Asylsystem komplett umkrempeln

JULIAN STRATENSCHULTE/DPA

pensieren, das können wir einfach nicht stemmen.

**Können oder wollen?**

Wir haben als Land eine einzige relevante Steuer, die wir ganz theoretisch erhöhen könnten, die Grunderwerbssteuer. Das ist nicht sonderlich viel. Gleichzeitig haben wir im Verhältnis zum Gesamthaushalt enorme Personal- und Pensionskosten und müssen 2020 die Schuldenbremse einhalten. Unsere Spielräume sind minimal. Nach dem Aufenthaltsgesetz von 2005 hat der Bund erstmalig ein erfolgreiches System für Zuwanderer geschaffen: die Integrations- und Sprachkurse. Im Bundesrat hat die CDU damals leider verhindert, dass auch Asylsuchende teilnehmen können. Es ist an der Zeit, das zu korrigieren – und das ist eine Aufgabe des Bundes. Es wäre absurd, wenn die Bundesländer gezwungen wären, Doppelstrukturen aufzubauen.

**Sie fordern mehr Geld vom Bund.**

Ich wünsche mir, dass wir Zuständigkeiten neu sortieren. Nicht nur bei den Flüchtlingen. Auch die Zuwanderungsregeln müssen den neuen Gegebenheiten angepasst werden, schon allein der demografischen Entwicklung wegen. Außerdem muss sich die Außenpolitik einiger Staaten, auch europäischer, ändern.

**Wie meinen Sie das?**

Wie kommt es denn, dass es in Libyen keinen funktionierenden Staat gibt? Dass von dort jetzt Tausende und Aber-tausende Menschen auf Booten nach Europa wollen, die wir dann als Schiffbrüchige aus dem Mittelmeer retten müssen und wollen? Einige westliche Staaten haben 2011 die frühere Ordnung wegge-bombt und danach keine neue aufgebaut. Es geht kein Weg daran vorbei: Berlin muss mehr Verantwortung übernehmen, weil die Bundesebene mehr Verantwortung trägt! Vizekanzler und Außenminister haben das längst erkannt.

**Die Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels in der vergangenen Woche halten Sie für nicht ausreichend?**

Wir brauchen eine grundsätzliche Neu-

ordnung für Umgang und Versorgung von Flüchtlingen. Die Zahlen, um die es da geht, sind einfach zu hoch für Länder und Gemeinden. Und fest steht doch auch: Wir können nicht davon ausgehen, dass sich daran in absehbarer Zeit etwas ändert. Wir wissen doch, dass allein an den Küsten Nordafrikas Hunderttausende von Menschen auf die Überfahrt nach Europa warten. Und Lösungen für all die Kriege und Krisen sind längst nicht in Sicht.

**Die wenigsten von ihnen haben auch nur den Hauch einer Chance auf politisches Asyl.**

Ja. Weil man eben die individuelle Verfolgung nachweisen muss. Viele wissen das nicht und begeben sich ins Asylsystem. Wir müssen unsere Regeln so ändern, dass ein Umstieg von einem aussichtslosen Asylverfahren in ein reguliertes Zuwanderungsverfahren möglich wird. Es ist doch abenteuerlich, dass wir junge Flüchtlinge, die wir mit Handkuss aufnehmen würden, wenn sie über die Fachkräfteschleife eingereist wären, wieder abschieben, nur weil sie im falschen System feststecken. Das passt einfach alles nicht mehr zusammen.

**Ist es zeitgemäß, dass in den Ländern, auch im Bund hauptsächlich die Innen-, also die Polizeiminister zuständig sind für Flüchtlinge und Einwanderung?**

Auf Bundesebene brauchen wir endlich einen Ministeriumszuschnitt, der alle Felder zusammen denkt und sieht: ein Ministerium für Einwanderung und Demografische Entwicklung.

**Wenn Sie in den vergangenen Monaten durch die Kommunen gereist sind, gibt es ein Bild, eine Situation, die Sie als Landesbeauftragte besonders bewegt hat?**

Das ist leider eine ständig wiederkehrende Situation, wenn Eltern vor mir sitzen, Mütter mit tiefen lilafarbenen Ringen unter den Augen, die von zahllosen durchweinten Nächten zeugen, die nicht fassen können, dass in Deutschland Familien-nachzug nur Ehegatten und minderjährige Kinder umfasst. Die nicht fassen kön-

nen, dass sie ihre älteren Kinder nicht in Sicherheit bringen können. Für mich als Mutter auch einer 24-jährigen Tochter unerträglich. Wenn ich mir das ausmale: Ich könnte mich mit meiner 13-jährigen Tochter und meinem neunjährigen Sohn ins sichere Deutschland retten und müsste meine große Tochter zurücklassen. Sie wäre vielleicht auf Schlepper angewiesen und begäbe sich auf die lebensgefährliche Mittelmeerroute. Furchtbar.

**Haben Sie eine Lösung?**

Wir müssen beim Familiennachzug großzügiger werden. Derzeit zwingen wir Menschen, die schon Familie hier haben, auf die Schlepperboote. Das können wir doch nicht ernsthaft wollen. Und das kann ich den Menschen, die da vor mir sitzen, auch nicht erklären, dass wir so unmenschlich agieren.

**Sie sind nicht nur seit gut zwei Jahren Migrationsbeauftragte, sondern genauso lange als Landtagsabgeordnete auch aktive Politikerin: War das der richtige Schritt?**

Auf jeden Fall. Und zwar nicht nur, weil es mir Freude bereitet. Sondern auch, weil ich gerade auf meinem Themenfeld das Gefühl habe, in einer enorm wichtigen Phase sinnvolle Arbeit machen zu können.

**Werden Sie bei der nächsten Landtagswahl wieder antreten?**

Als Katholikin sage ich da: So Gott will und ich lebe!

**Oder zieht es Sie irgendwann doch wieder nach Berlin, in die Bundespolitik?**

Die weichenstellenden Entscheidungen werden im Ausländer- und Asylrecht natürlich auf Bundes- und Europaebene getroffen. Aber ich habe eben auch minderjährige Kinder, mit denen ich noch Zeit verbringen möchte. Mich füllen meine Aufgaben in Niedersachsen voll aus.

**Was Ihr Privatleben angeht, drängt sich der Eindruck auf, Sie führen uns Journalisten gerade recht freudvoll an der Nase herum. Täuscht das?**

(lacht) Darauf erwarten Sie nicht im Ernst eine Antwort.

## Polizist soll Folterfotos per Handy verschickt haben

Schwere Vorwürfe gegen die Bundespolizei in Hannover: Offenbar wurden dort Flüchtlinge gequält. Die Staatsanwaltschaft ermittelt

Wegen möglicher Misshandlungen von Flüchtlingen ermittelt die Staatsanwaltschaft Hannover gegen einen 39-jährigen Bundespolizisten aus Hannover. Es bestehe der Verdacht, dass der Mann in mindestens zwei Fällen inhaftierte Männer aus Afghanistan und Marokko misshandelt und gedemütigt haben soll, sagte Oberstaatsanwalt Thomas Klinge in Hannover. Ob es darüber hinaus noch weitere Fälle oder gar weitere Täter gebe, sei offen. „Wir prüfen natürlich, ob auch andere Beamte was davon gewusst oder gar mitgewirkt haben“, betonte Klinge.

Einem Bericht des Senders NDR zufolge sollen sich die Misshandlungen 2014 in den Gewahrsamszellen der Bundespolizeiinspektion im Hauptbahnhof Hannover abgespielt haben. Am 9. März 2014 hätten die Beamten demnach einen 19 Jahre alten Flüchtling aus Afghanistan

mit auf die Wache genommen. Der Mann sei wegen kleinerer Verstöße aufgefallen – unter anderem hatte er bei einer Überprüfung keinen Pass dabei. In der Zelle soll der Afghane dann von dem Beamten gewürgt und an seinen Fußfesseln durch die Räume der Wache geschleift worden sein.

Später soll der Polizist per SMS und auf Fotos mit seinen Taten angegeben haben: „Hab den Geschenk von Allah.“ Mit Einreiseverbot. Hab dem meine Finger in die Nase gesteckt. Und gewürgt. War witzig. Und an den Fußfesseln durch die Wache geschliffen. Das war so schön. Gequält wie ein Schwein. Das war ein Geschenk von Allah.“

Ein halbes Jahr später soll dem Beschuldigten dann ein 19-jähriger Marokkaner zum Opfer gefallen sein. Der Mann war laut NDR zuvor in einem Zug ohne Fahrkarte aufgegriffen worden.

Auch in diesem Fall habe der Beschuldigte seine Taten mit dem eigenen Handy dokumentiert. Dem Bild nach wird der Marokkaner von weiteren Polizisten

„Der Skandal im Skandal ist die Tatenlosigkeit der Mitwisser in Polizeiuniform“

Günter Burkhardt, Geschäftsführer von Pro Asyl

festgehalten. Auf dem Foto zu sehende Schuhspitzen weiterer Männer legen den Verdacht nahe, dass der Beschuldigte nicht alleine gehandelt hat. Auch in diesem Fall prahlte der Mann später in SMS über seine Taten. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun laut Klinge wegen des Ver-

dachts der Körperverletzung und des Verstoßes gegen das Waffengesetz. Laut Strafgesetzbuch drohen für Körperverletzung im Amt bis zu fünf Jahre Haft.

Anlass für die Ermittlungen sei eine Anzeige von zwei Personen, deren Identität Klinge nicht bekannt geben will. Er betonte aber, die Beweise hätten „ein sofortiges Handeln“ erforderlich gemacht.

Darin sei auch die Rede von einer illegalen Waffe gewesen, welche bei den bereits am Freitag erfolgten Durchsuchungen vom Privathaus des Beschuldigten und dessen Dienststelle sichergestellt werden konnte. „Diese wird jetzt untersucht, wir müssen schauen, ob es nur eine Scheinwaffe ist oder ob sie auch

scharf ist“, sagte Klinge. Ferner seien Daten-träger sichergestellt worden, die nun ausgewertet würden.

In den nächsten Tagen – so Klinge weiter – würden „mit hoher Priorität“ die Zeugen befragt. Zudem versuche die Behörde, auch die beiden Opfer ausfindig zu machen. „Ihrer Anschrift zufolge sind sie noch in Deutschland, wir prüfen derzeit, ob dies so ist“, sagte er.

Die Bundespolizei wollte sich zu dem laufenden Verfahren nicht äußern. „Wir werden die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft aber mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen“, sagte ein Sprecher. Der Beschuldigte sei derzeit nicht im Dienst. Ein Disziplinarverfahren ruhe mit Blick auf die Untersuchungen.

Die beiden großen Polizeigewerkschaften warnten angesichts der Vorwürfe vor einer pauschalen Verurtei-

lung aller Polizeibeamter. Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl forderte zudem eine Ausweitung der Ermittlungen auf die Kollegen des Beschuldigten. „Der Skandal im Skandal ist die Tatenlosigkeit der Mitwisser in Polizeiuniform“, sagte Günter Burkhardt, Geschäftsführer von Pro Asyl.

Auch die Flüchtlingsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoğuz (SPD), zeigte sich schockiert. Die Vorwürfe seien „erschütternd“, sagte sie. „Wenn es zutrifft, dass ein Beamter Flüchtlinge gequält, sich damit gebrüstet und die Misshandlungen sogar noch dokumentiert hat, muss die Bundespolizei über den Einzelfall hinaus Konsequenzen ziehen“, forderte sie. „Die Polizeibehörde muss unmissverständlich klarstellen, dass sie ein solches menschenverachtendes Verhalten in ihren eigenen Reihen nicht toleriert.“